

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
EJPD  
3003 Bern

Bern, 25.03.2024  
AIG\_Erwerbstätigkeit / MZ

*Elektronischer Versand: vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch*

## **Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Erleichterung der selbstständigen Erwerbstätigkeit, Berücksichtigung des Lebensmittelpunkts und Zugriffe auf Informationssysteme)**

### **Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Der Migrationsbereich ist einem ständigen Wandel unterworfen, der verschiedene rechtliche Anpassungen im Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) erforderlich macht. In der vorliegenden Vorlage sind verschiedene Bereiche im AIG inhaltlicher wie aber auch redaktioneller Natur betroffen. Im Vordergrund stehen für die FDP *die Erleichterungen im Bewilligungsverfahren, Achtung des Grundsatzes des Lebensmittelpunkts sowie die Schaffung weiterer Rechtsgrundlagen im Wegweisungsvollzug*. Insgesamt begrüsst die FDP die Vorlage, die für mehr Rechtssicherheit sorgt und zu einem effizienteren Wegweisungsvollzug beiträgt.

#### **Wechsel zu einer selbstständigen Erwerbstätigkeit**

Aktuell untersteht der Wechsel von einer unselbstständigen zu einer selbstständigen Erwerbstätigkeit von Drittstaatsangehörigen unnötigerweise einer Bewilligungspflicht. Der bewilligungsfreien Wechsel zu einer selbstständigen Erwerbstätigkeit soll jedoch für Personen, die bereits im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit sind, die Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit erleichtern und dadurch die wirtschaftliche Innovation und das Unternehmertum fördern. Diese Änderung zum Wohle des Schweizer Wirtschaftsmarktes stellt eine Optimierung der Zulassung von qualifizierten Erwerbstätigen dar, die von unserem Nationalrat Nantermod im Postulat [19.3651](#) initiiert wurde. Mittels dieser Änderung wird eine administrative Schranke abgebaut und die langfristige Bleibeperspektive von qualifizierten Fachkräften erhöht.

#### **Lebensmittelpunkt bei der Bewilligungserteilung**

Eine weitere Anpassung besteht darin, dass für die Erteilung einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung an Gesuchsteller aus Drittstaaten der Lebensmittelpunkt in der Schweiz liegen muss und dass die Bewilligung bei dessen Verlegung ins Ausland erlischt. Die FDP befürwortet die gesetzliche Verankerung des Lebensmittelpunktkonzeptes gegenüber Angehörigen aus Drittstaaten. Dieses Konzept ist zwar gängige Praxis, aber durch jüngste Bundesgerichtsentscheide indirekt in Frage gestellt. Diese Klarstellung dient der Rechtssicherheit und ermöglicht zugleich die Integration, den Spracherwerb und das Vertrautwerden mit den Sitten und Gebräuchen der hiesigen Gesellschaft.

## Anpassung der Verpflichtungen Wegweisungsvollzugs

Mit der Vorlage soll im Rahmen des Wegweisungsvollzugs eine gesetzliche Grundlage für eine Anwesenheitspflicht in der zugewiesenen Unterkunft geschaffen werden. Die Anordnung einer Anwesenheitspflicht dient der Sicherstellung des Vollzugs einer rechtskräftigen Weg- oder Ausweisung. Dank dieser gesetzlichen Grundlage wird der Handlungsspielraum der zuständigen kantonalen Behörden bei den Vollzugsfällen vergrössert. Ein effizientes Vollzugssystem ist für die Akzeptanz und das Funktionieren unseres Asylsystems unabdingbar.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun